

**Vortrag von Dr. Rolf Dörig
Präsident des Verwaltungsrates der Adecco S.A.
bei der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft,
8. Dezember 2009**

Es geht um Menschen!

**Die Entwicklung der globalen Arbeitsmärkte als
Herausforderung für Politik, Wirtschaft und
Gesellschaft – Politischer und gesellschaftlicher
Handlungsbedarf für die Schweiz**

Einleitung / Kontext

Mindestens ein Drittel unseres aktiven Lebens verbringen wir am Arbeitsplatz. Zu Recht stehen deshalb Arbeitsmarktfragen ganz oben auf allen Prioritätenlisten.

In unsicheren Zeiten und in Zeiten grosser Umbrüche wie heute sind Arbeitsmarktfragen – und hier vor allem die Sicherung der Beschäftigung – drängender denn je. Betriebe werden reorganisiert, Arbeitsplätze fallen weg. Standorte werden verlegt und neue Arbeitsplätze werden geschaffen; in der Regel mit anderen, oft höheren Anforderungen an die Qualifikation und oft auch an anderen Standorten.

Gerade als Führungskräfte müssen wir unsere Verantwortung immer im Blick behalten: Für Millionen Menschen bedeuten diese Entwicklungen tiefe Einschnitte in ihre gesamten Lebensumstände. Vergessen wir nicht, es geht um Menschen!

Leider sendet die schweizerische Politik in diesen wesentlichen Fragen verwirrende Signale. Ich habe zurzeit nicht den Eindruck, Regierung und Parlament beschäftigen sich systematisch und mit einem strategischen Ansatz mit den Fragen der Demografie, der Arbeitsmigration und der Bildungspolitik. Die Politik – und da mache ich keinen Unterschied zwischen den einzelnen Richtungen – wartet ab und zermürbt sich in parteipolitischer Kakophonie, statt aktiv anzupacken. Was dazu führt, dass andere für uns die Agenda bestimmen; und die Schweiz vor den Augen der Welt als Geschobene und Geschupfte dasteht, die reagieren muss – meist zu unserem Nachteil – eine klare Haltung tut Not.

Insbesondere beim Thema Arbeitsmarkt und Migration läuft einiges falsch in der Schweiz.

Zwei – nur auf den ersten Blick gegenläufige – Entwicklungen prägen das Bild: Im Rahmen der globalen Migration ist die Schweiz ein beliebtes Einwanderungsland. In dieser anhaltenden Migrationsbewegung liegen unter anderem die Ursachen für die Kostenexplosion in den Bereichen Gesundheit, Soziales und öffentliche Sicherheit.

Besonders stark sind die Auswirkungen auf den Niedriglohnbereich des Arbeitsmarktes.

Gleichzeitig verläuft die demographische Entwicklung so, dass der Schweiz spätestens in zehn, fünfzehn Jahren mehrere zehntausend qualifizierte Arbeitnehmer fehlen werden. Können diese nicht im Ausland rekrutiert werden, wird sich dies auf die Schweizer Unternehmen und unser wirtschaftliches Wachstum drastisch auswirken.

Die Politik reagiert hilflos und mit falschen Pauschalrezepten auf diese gegenläufige Entwicklung. Wer in Sachen Arbeitsmarkt eine stärkere Abschottung vom Ausland verlangt und gar grundsätzlich die Freizügigkeit in Frage stellt, nimmt das unverantwortliche Risiko in Kauf, dass dann, wenn unsere Firmen – und nicht nur etwa die grossen Konzerne – zwingend auf Spezialisten aus dem Ausland angewiesen sind, die Grenzen zu sind. Bereits heute käme beispielsweise das Gesundheitswesen ohne Mitarbeitende aus dem Ausland rasch zum Erliegen.

Wer auf der anderen Seite meint, nicht zuletzt aus so genannt „sozialen Gründen“ müsse die Schweiz Tür und Tor für den Migrantstrom öffnen, leistet der Schweiz ebenfalls einen Bärendienst. Der Arbeitsmarkt wird mit vielen zum Teil nicht oder nur schwer vermittelbaren Menschen überschwemmt. Rasch steigende Kosten (IV, Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe) sind die sichtbare Folge; kulturelle und gesellschaftliche Probleme kommen dazu.

Die Schweiz kann und will das Migrationsproblem nicht stellvertretend für Europa lösen – vor allem, weil viele andere europäische Staaten ihre diesbezügliche Politik in den letzten Jahren verschärft haben.

Um eine Schlussfolgerung gleich vorweg zu nehmen: Die Politik, wie sie bei uns betrieben wird, macht mir derzeit wenig Hoffnung auf kluge und vorausschauende Lösungen. Die meisten Impulse, die von der Politik kommen, erscheinen mir zusammenhangslos, hektisch und improvisiert. Orientierung tut Not. Was wollen wir – für unser Land, für unsere Gesellschaft, für unsere Kinder?

Notwendig ist – hüben und drüben – ein radikales Umdenken. Die Isolationisten müssen jetzt erkennen, dass eine Abschottung der Schweiz die Wirtschaft in wenigen Jahren in eine – was den Arbeitsmarkt anbelangt – ernsthafte Krise bringen würde. Dringend nötig ist eine enge Verknüpfung zwischen Arbeitsmarkt- und Migrationspolitik. Die Schweiz muss sich darauf konzentrieren, Menschen aufzunehmen, die über eine berufliche Qualifikation verfügen oder rasch qualifiziert werden können. Der Zuzug nicht leistungsfähiger oder nicht leistungswilliger Menschen muss unterbunden werden bzw. auf den humanitären Bereich eingeschränkt werden.

Vor diesem Hintergrund möchte ich meinen heutigen Beitrag stellen.

- Wo liegen die Kernprobleme heute?
- Was haben wir mittel- bis langfristig zu erwarten?
- Und: Welche Konsequenzen und Handlungsoptionen ergeben sich daraus für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in der Schweiz?

Bevor ich auf meine Kernfragen eintrete, erlauben Sie mir eine persönliche Anmerkung: Ich spreche heute zu Ihnen aus der Perspektive des weltgrössten Vermittlers von Arbeit und nicht aus dem Elfenbeinturm heraus. Oder genauer: aus der Sicht von weit über 600 000 Mitarbeitenden, die wir täglich in 60 Ländern bei unseren Kunden beschäftigen.

Allerdings, Grösse allein ist kein unternehmerischer Wert. Das ist auch nicht der Grund dafür, dass ich hier diese Zahlen erwähne. Ich nenne sie, weil unser Geschäft, nahe, sehr nahe bei den Menschen ist.

Erstens: Der Arbeitsmarkt - global und in der Schweiz

Betrachten wir erstens also den Arbeitsmarkt – kurzfristig, aber auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung:

Die globale Wirtschaft befindet sich in der grössten Wirtschaftskrise der letzten fünfzig Jahre. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in allen OECD-Ländern ist von 5,7 % im Jahre 2007 auf 9,7 % im Oktober 2009 gestiegen; sie hat damit den höchsten Wert seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht. In den USA hat sich die Arbeitslosigkeit seit Mitte 2007 bis heute mehr als verdoppelt: von 4,6 % auf aktuell 10,0 %.

Einige Berufsoptimisten sagen, die Talsohle sei bald durchschritten. Ich bin da zurückhaltender. Noch sehen wir erst zaghafte Anzeichen einer Erholung. Wie viel der positiven Signale bloss den staatlichen Interventionen geschuldet ist und wie viel davon wirklich nachhaltig ist, werden erst die nächsten Monate zeigen. Die massive öffentliche und private Verschuldung sowie die strukturellen Ungleichgewichte belasten die Wachstumsdynamik in verschiedenen Industrieländern.

Die Emerging Markets, vorab China und Indien, stehen hier wesentlich besser da. In Indien beispielsweise beschäftigen wir heute rund 70 000 Mitarbeitende; und es werden nächstes Jahr bereits weit über 100 000 sein!

Wie steht es nun bei uns in der Schweiz? Viel wurde in den vergangenen Wochen berichtet; mit einer Arbeitslosenzahl um die 4-Prozent-Grenze stehen wir im internationalen Vergleich sehr gut da. Die Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco zeigen Ende Oktober 2009 bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) über 154 000 Arbeitslose, also über 3500 mehr als noch im September. Die Arbeitslosenquote stieg damit von 3,9 % im September 2009 auf 4,0 % im Oktober, 2,9 % Schweizer, 3,5 % Deutsche und über 9 % Arbeitslose aus Balkanländern. Innerhalb eines Jahres haben in der Schweiz fast 60 000 Personen ihre Stelle verloren. Das entspricht einer Steigerung um 58 % zur Vorjahresperiode.

Die Zahl der 15- bis 24-jährigen Arbeitslosen erhöhte sich auf fast 30 000. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Anstieg um über 12 000 Jugendliche, einem Plus von über 70 %. Aber aufgepasst: Der Arbeitsmarkt reagiert mit der bekannten Verzögerung auf eine Erholung – dies müssen wir zurzeit leider auch in der Schweiz feststellen.

Ja, die aktuelle Entwicklung in den USA zeigt zwar, dass die amerikanische Wirtschaft nach einjähriger Unterbrechung wieder wächst. Auch unsere eigenen, vor kurzem veröffentlichten Zahlen zeigen, dass etwas Licht am Ende des Tunnels zu sehen ist. Eine zaghafte Belebung orten wir dabei unter anderem in den Märkten Frankreich, USA und Spanien. Dort stellen wir fest, dass sich das Geschäft mit der Vermittlung von Arbeitskräften - vor allem im industriellen Bereich – etwas erholt hat.

Dennoch, trotz erster positiver Signale gerade aus den USA können wir noch nicht mit Bestimmtheit von einem baldigen Aufschwung ausgehen. Ich gehe auch für die Schweiz nicht davon aus, dass wir bereits in den nächsten Monaten eine grundlegende Erholung am Arbeitsmarkt beobachten werden. Meine Arbeitsmarktprognose ist denn auch wegen der genannten Wachstumsbremsen sehr verhalten.

Einige werden nun fragen: Was ist das Rezept für den relativen Erfolg der Schweiz? Warum sollen wir uns denn eigentlich Sorgen machen? Lassen Sie mich ganz deutlich antworten: Eine Gesellschaft muss sich einem Vergleich stellen, gewiss. Sie darf diesen Vergleich aber nicht dazu verwenden, um sich in Sicherheit zu wiegen. Noch stehen wir gut da. Diese Position gilt es zu halten. Aber nicht nur.

Denn gut darf nie gut genug sein. Dies ist unser Schweizer Erfolgsmodell. Unser Anspruch hier in der Schweiz ist ein anderer, höherer. Das muss so bleiben. Und hier wollen wir gern ein Sonderfall sein.

Zweitens: Die demografische Zeitbombe

Den harten ökonomischen Wirklichkeiten kann niemand ausweichen, also handeln die Unternehmen entsprechend und bauen Arbeitsplätze ab. Sie müssen so handeln, oft um ihr Überleben zu sichern. Dabei dürfen – und das wird schnell vergessen - gleichzeitig langfristige Trends nicht aus dem Blickwinkel geraten. Dazu gehören der demografische Wandel und die Tatsache, dass wir länger leben werden.

An sich ist es eine gute Nachricht: Unser Leben wird länger dauern als das unserer Vorfahren. Noch am Anfang des 20. Jahrhunderts konnte man in der Schweiz lediglich von etwa 50 Jahren ausgehen, heute sind es bereits 80 Jahre und für 2050 wird die durchschnittliche Lebenserwartung bei über 85 Jahren liegen.

Dieser Trend geht einher mit weltweit sinkenden Geburtenraten. Doch das ist keine Selbstregulierung, wie man glauben könnte. Unsere Gesellschaft altert, und das hat dramatische Auswirkungen in vielen Bereichen, auch im Arbeitsmarkt.

Diese Daten der Vereinten Nationen verdeutlichen diese dramatische Veränderung, die auch auf die Schweiz zukommt. In den fünf grossen Volkswirtschaften der EU wird in den nächsten 10 - 20 Jahren der Anteil der über 60- Jährigen deutlich zunehmen. Der Anteil der über 60-Jährigen steigt auch in der Schweiz seit knapp einem Jahrzehnt von 20,3 % in 2000 auf geschätzte 23,3 % in 2010 und sogar bis an die 32 % im Jahr 2035.

Das Bundesamt für Statistik berichtet über eine Vervielfachung der über 80Jährigen von 1991 bis 2050. Die Zahl der 65- bis 80-Jährigen wird sich in diesem Zeitraum fast verdoppelt haben. Demgegenüber wird die Zahl der Erwerbstätigen tendenziell abnehmen, so dass 2050 nur noch zwei Erwerbstätige auf einen über 65-Jährigen Rentenbezügler kommen werden. Gegenwärtig beträgt das Verhältnis noch 4 zu 1!

Selbst wenn immer noch mehr Beschäftigung durch eine zunehmende Erwerbsquote möglich ist – insbesondere durch eine verstärkte Integration von Frauen und älteren erfahrenen Arbeitnehmern – ist davon auszugehen, dass in 10 Jahren der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nicht mehr durch eine steigende Beschäftigungsquote ausgeglichen werden kann.

Von diesem Zeitpunkt an wird das Wirtschaftswachstum endgültig davon abhängen, ob wir es verstehen, durch Investitionen in Humankapital, durch Innovationsfähigkeit und durch eine klare und zielgerichtete Migrationspolitik unsere Produktivität zu steigern.

Was ist bei dieser unausweichlichen Sachlage der Schlüssel zum Erfolg?

Es ist das Zusammenspiel einer bedarfsorientierten, effektiven Bildungspolitik mit der Vergrößerung der Zahl der Erwerbstätigen – sei es durch Integration, sei es durch Ausweitung der produktiven Beschäftigung – auch weit über die heutige Altersgrenze hinaus: 70 plus.

Zusätzlich bedarf es einer gezielten Migrationspolitik, die den Bedarf unserer Wirtschaft deckt – und nur diesen. Aber dazu komme ich später.

Die Herausforderungen sind vielfältig.

Die Politik muss offensiv die Weichen stellen und darf sich nicht scheuen, klare Worte zu gebrauchen: Mehr Flexibilität bei der Frage des Rentenalters ist ebenso ein zentrales Gebot wie beispielsweise die richtige Weichenstellung in der Bildungspolitik. Auch Unternehmen müssen sich auf das Altern der Erwerbsbevölkerung und damit auf ein höheres Durchschnittsalter ihrer Beschäftigten gut vorbereiten – sei es mit entsprechenden Arbeitsplätzen, aber vor allem damit, ihre Beschäftigten zu halten und während der gesamten Erwerbskarriere weiter zu entwickeln.

Lebenslanges Lernen ist hier der Schlüsselbegriff. Nicht nur für Unternehmen, auch für jeden Einzelnen wird die Bereitschaft, dran zu bleiben und bis ins hohe Alter zu lernen, zum Überlebensfaktor. Schliesslich muss auch die Gesellschaft flexibler werden – sei es mit ihrer Position gegenüber älteren Menschen und deren Stellung und Leistungsfähigkeit; sei es mit der Bereitschaft zur Integration, um den Beschäftigungsbedarf von aussen zu decken. Der Ruhestand bleibt gleich lang – wir flexibilisieren nur den Eintritt!

Drittens: Bildungspolitik oder die Akademisierung der Handwerker

Handeln wir nicht, werden die Kosten für die Renten steigen. Wenn wir im Arbeitsprozess viele Arbeitnehmer verlieren, weil sie die ständige Weiterbildung unterlassen haben, werden in vielen Branchen noch mehr Arbeitskräfte fehlen.

Wir bekommen also über kurz oder lang ein gegenläufiges Arbeitsmarktproblem: mehr im Prinzip arbeitsfähige Leute und dennoch Arbeitskräftemangel!

Der Trend zu steigenden Anforderungen an die Qualifikation ist unausweichlich, – Krise hin, Konjunktur her. Aber in Krisenzeiten hat es die Aus- und Weiterbildung immer besonders schwer, denn dann wird gespart: Weniger Ausbildungsplätze, weniger Neueinstellungen von Hochschulabsolventen und Lehrabgängern, Sparmassnahmen bei der Weiterbildung – also eine gefährliche Störung des lebenslangen Lernens. Darunter leidet langfristig die dringend erforderliche Beschäftigungsfähigkeit im fortgeschrittenen Alter, was nicht nur zum Nachteil der Arbeitnehmer ausfällt. Auch die Unternehmen werden geschädigt. Ihnen werden nämlich beim nächsten Aufschwung die qualifizierten Kräfte fehlen.

Gleichzeitig sind wir mit Jugendarbeitslosigkeit als strukturellem Problem konfrontiert.

Die Wirtschaftskrise hat die Jugendarbeitslosigkeit deutlich erhöht – auch bei uns in der Schweiz. Hier gilt es gegenzusteuern.

Wir können uns die hohe Jugendarbeitslosigkeit schlichtweg nicht mehr leisten. Eine Jugendarbeitslosigkeit, die dadurch bedingt ist, dass wir nicht in der Lage sind, das Problem des Übergangs von der Schule in den Beruf zu regeln - ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft.

Wir brauchen ein effektives, auf unsere künftigen Bedürfnisse ausgerichtetes Bildungssystem, eine robuste und realistische Bildungsstrategie. Sicher, Hochqualifizierte sind die Grundlage für Innovation und damit für den Fortschritt. Deshalb sind eine entsprechende Hochschulpolitik und die Förderung einer intellektuellen Elite ohne Zweifel von zentraler Bedeutung und dabei vor allem auch im technischen Bereich.

Allerdings: Eine weitere, generelle Akademisierung aller Berufsgattungen ist nicht die Lösung! Das ist Unsinn.

Im Gegenteil: Unsere Wirtschaft braucht Fachkräfte für die Umsetzung. In Zukunft werden Spezialisten mit Berufsabschluss, verbunden mit kontinuierlicher Weiterbildung auf dem Arbeitsmarkt, immer stärker gefragt sein. Speziell im Sekundär- und Tertiärsektor ist die Nachfrage nach diesen Qualifikationen heute schon hoch. Ich kann deshalb die derzeitige Debatte um eine weitere Erhöhung der Maturitätsquote überhaupt nicht nachvollziehen – vielmehr sollten wir doch die Lehrlingsquote erhöhen und eine mehr praxisbezogene, auf unsere Bedürfnisse ausgerichtete Ausbildung fördern! Was nützen uns arbeitslose Hochschulabgänger? Nichts.

Eine tragende Säule unserer Wirtschaft und ein wichtiger Standortvorteil ist das Fachkräftepotenzial. Und: Eine gut ausgebildete Mittelschicht von qualifizierten Erwerbstätigen ist – das zeigen unsere internationalen Vergleiche – der beste Garant für die Integration Jugendlicher in den Arbeitsmarkt; ebenso wie für einen stabilen Arbeitsmarkt auch in konjunkturell schwachen Zeiten.

Das schweizerische System der dualen Berufsbildung ist deshalb auch langfristig der erfolgversprechende, richtige Weg!

Viertens: Weltweite Mobilität und Arbeitsmigration

Die vierte Säule einer erfolgreichen, nachhaltigen Beschäftigungsstrategie ist eine aktive und zielgerichtete Einwanderungspolitik. Hier darf uns nicht mehr dasselbe passieren wie bei den Fragen der Integration, der Ausländerkriminalität usw. Wer aus lauter politischer Korrektheit die Probleme nicht wahrnimmt und benennt, lügt sich auf die Dauer selbst in die Tasche. Und wer die Frage der Arbeitsmigration nur kurzfristig, d.h. unter dem Aspekt der Krise betrachtet, läuft Gefahr, einer optischen Täuschung zu erliegen.

Durch die Krise ist die Arbeitsmigration weltweit gebremst worden. Zum ersten Mal seit langer Zeit wurde in den USA das Kontingent für temporäre Arbeitsvisa nicht ausgeschöpft. In Australien ging in den ersten 4 Monaten dieses Jahres die Zahl der qualifizierten Arbeitseinwanderer um 25 % zurück. In Grossbritannien und Irland wurde die Zuwanderung aus den neuen EU-Staaten sogar um mehr als die Hälfte gestoppt.

Nur in der Schweiz und in Österreich liegt die Arbeitslosenquote der Einwanderer derzeit mehr als doppelt so hoch. Die Arbeitslosigkeit bei Migranten ist ein grosses Problem.

Auch die OECD warnt in ihrer aktuellen Publikation des «International Migration Outlook» davor, wegen der kurzfristigen Krise die langfristigen Perspektiven aus den Augen zu verlieren. Diese deuten, der demografischen Entwicklung folgend, unverändert auf einen vermehrten internationalen Austausch von Arbeitskräften hin. Was geschieht also, wenn der Aufschwung einsetzt – stellen wir Entlassene wieder ein oder holen wir die fehlenden Arbeitskräfte – weil besser qualifiziert und billiger - im Ausland? Für die Wirtschaft ist das eine wohl rhetorische Frage und die Handlungsmaxime klar. Mit der Konsequenz, dass entlassene Schweizer bzw. nicht mehr abwanderungswillige Ausländer die Sockelarbeitslosigkeit erhöhen, was unsere Sozialausgaben noch mehr belastet; und die Bevölkerung und die Zahl der Ausländer weiter zunimmt, was unweigerlich zur Frage nach unserem Fassungsvermögen, unserer Kapazitätsgrenze führt.

Die Globalisierung wird weitergehen: Sie wird in den nächsten Jahren – beginnend mit dem nächsten Aufschwung – einen Anstieg der Migration mit sich bringen, der noch weit stärker sein wird, als dies in den vergangenen Jahren der Fall war. Und der mehr denn je durch Fachkräftemangel, also durch die Nachfrage der Länder, getrieben sein wird. Der Grund dafür ist auch hier die Demografie – unsere Gesellschaft altert stark.

Eine Abschottung unseres Arbeitsmarktes vor diesem Hintergrund ist keine Lösung, ebenso wenig wie eine bedingungslose Öffnung. Auch falsche und vorschnelle Pauschalrezepte sind hier nicht am Platz. Die Frage kann nicht sein: Wie schicke ich Leute zurück, weil sie gerade nicht gebraucht werden? Die zentralen drei Fragenstellungen für mich sind:

- Erstens, wie qualifiziere ich diejenigen, die hier leben und aufwachsen, um sie nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren?
- Zweitens, wie mache ich den Arbeitsort Schweiz interessant für diejenigen mit den gesuchten Qualifikationen? Für Leistungsfähige und Leistungswillige, die der Schweiz einen Mehrwert bringen?
- Drittens schliesslich, wie viel Zuwanderung ist sinnvoll, notwendig und - nicht zu vergessen - überhaupt möglich?

Das Freizügigkeitsabkommen mit der EU zu kündigen, kann nicht die Lösung sein – ebenso wenig wie eine wahllose Öffnung.

Was es jedoch zwingend braucht, ist eine gezielte, auf unsere Bedürfnisse ausgerichtete Migrationspolitik. Und diese wird eine Quotenregelung für unser Land beinhalten müssen. Denn unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft brauchen gleichermassen:

- Arbeitskräfte, die qualifizieren
- Arbeitskräfte, die integrieren
- Und Menschen, die einen nachhaltigen Beitrag zur Entwicklung unseres Landes leisten. Menschen, die sich unabhängig ihrer Herkunft für unser Land einsetzen und gemeinsam die Werte hochzuhalten bereit sind, die wir über die Jahrhunderte aufgebaut haben. Werte, die unserem Land auch künftig einen klaren Wettbewerbsvorteil verschaffen.

Nur eine klare und konsequent umgesetzte Migrationspolitik in der Schweiz wird – so viel ist sicher – in der Zukunft noch mehr als in der Vergangenheit unseren Arbeitsmarkt gleichermassen wie den sozialen Frieden unseres Landes bestimmen. Und gerade in der Schweiz, wo die Einwanderung hoch Qualifizierter historisch eine zentrale Grösse ist, dürfen weder Politiker noch Unternehmer die Augen vor den wesentlichen, aber unbequemen Fragen verschliessen. Es sind vielmehr klare, auch mutige Entscheide gefragt.

Und damit komme ich zu meinen Forderungen:

Erstens: Die Flexibilisierung des Rentenalters und die Gestaltung von Arbeit sind unumgänglich

Auch wenn es heute noch keiner gerne hören will: In zehn Jahren wird ein allgemeiner Ruhestand mit 65 schlicht nicht mehr finanzierbar sein. Wir werden noch mit 70 Jahren arbeiten müssen und vielleicht auch wollen. Mit einer Lebenserwartung von über 80 Jahren, einem Rückgang der Geburtenraten und einer Erwerbstätigenquote von 1:2 werden wir schlicht an eine Finanzierungsgrenze kommen.

Vor allem wenn es um den Übertritt in den Ruhestand geht, ist hier der staatliche Regulator gefordert. Die Bedürfnisse und Wünsche der Betroffenen sind denkbar verschieden. Wer aus einem langen Arbeitsleben körperliche Schäden davongetragen hat, möchte - und soll - auch in den Ruhestand gehen. Andere, die sich noch fit fühlen, sehen nicht ein, weshalb sie an einer willkürlich gezogenen kalendarischen Grenze mit der Arbeit aufhören sollten. Ich möchte Sie daran erinnern, dass Ray Kroc mit 59 Jahren vom Milchshakemaschinen-Verkäufer zum Unternehmer wurde und McDonalds in den nachfolgenden 23 Jahren bis zu seinem Tod 1984, zu einem Weltkonzern formte.

Zweitens: Wir brauchen ein effektives, auf unseren künftigen Bedarf ausgerichtetes duales Bildungssystem

Den Bildungs- und Forschungsplatz für die Zukunft zu wappnen, heisst Prioritäten setzen. Auch hier muss sich die kleine Schweiz fokussieren und konzentrieren, will sie im Konzert der Grossen bestehen. Es muss uns gelingen, das bestehende bildungspolitische Korsett zu sprengen; föderalistische Strukturen, Sachzwänge und Privilegien sind abzubauen und das Bildungsangebot gesamtschweizerisch zu koordinieren – für eine sinnvolle Arbeitsmarktpolitik eine zwingende Voraussetzung.

Die Politik agiert auch hier noch wenig kohärent: Links und Grün suchen das Heil in einer zunehmenden Akademisierung und vernachlässigen die Berufslehre in krasser Weise. Die SVP will das Rad bei der nötigen Bildungsharmonisierung zwischen den Kantonen so weit zurückdrehen, dass einer aus Sicht der Arbeitsmarktpolitik und der Wirtschaft dringenden Koordination immer grössere Hürden in den Weg gelegt werden. Auch hier ist ein Umdenken beider Seiten zwingend.

Wir brauchen im schweizerischen Bildungssektor Strukturen, die auf internationaler Ebene konkurrenzfähig sind.

Ebenso wichtig wie Elite- und Hochschulförderung ist dabei unser duales Berufsbildungssystem. Eine Berufslehre und der praktische Berufsabschluss sind zu fördern und müssen wieder attraktiver werden – auch akzeptierter: „Handwerk hat goldenen Boden“ muss es wieder heissen.

Einer Verakademisierung der Handwerkerberufe ist Einhalt zu gebieten. Brauchen wir als Fähigkeitsausweis zur Kindergärtnerin oder zur Krankenschwester wirklich einen Maturitätsabschluss mit anschliessendem Hochschulstudium? Korrekt müsste es im heutigen Bildungsfachjargon heissen: „studierte Kindergartenlehrperson“ bzw. „lic phil diplomierte Fachpflegeperson“. Heute entlohnen wir Latein, Mathematik und Physik statt Sozialkompetenz und Freude an der Aufgabe – und setzen damit die falschen Anreize.

Drittens: Die Politik muss Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Migrationspolitik eng verknüpfen.

Die Schweiz muss sich darauf konzentrieren, Menschen aufzunehmen, die über eine berufliche Qualifikation verfügen oder rasch qualifiziert werden können. Der Zuzug von nicht leistungsfähigen, nicht leistungs- und nicht integrationswilligen Menschen muss unterbunden werden. Die Politik muss klare Rahmenbedingungen definieren. Dafür braucht es Ehrlichkeit zu sich selbst, Weitsicht - und einen gesunden Egoismus.

Die kleine Schweiz ist von der grossen Welt abhängig. In 10 bis 15 Jahren werden wir aus den geschilderten demografischen Gründen ein noch grösseres Defizit an Arbeitskräften haben – und zwar nicht nur in hochqualifizierten Segmenten, sondern auch in anderen wichtigen Bereichen; im Pflegedienst, im Gastgewerbe, auf dem Bau. Also müssen wir zwingend für die richtigen Leute attraktiv bleiben. Richtig sind jene, die wir brauchen können, die passend qualifiziert sind und bereit sind, sich zu integrieren.

Wir müssen aufpassen, dass wir uns durch die Zuwanderung nicht unproduktive Kräfte ins Land holen. Mit anderen Worten: Wir wollen und können nicht noch höhere Sozialkosten, noch mehr Arbeitslose und zugleich noch mehr Ausländer verkraften. Die Schweiz kann das Migrationsproblem nicht für Europa lösen.

Schneller als wir glauben wird die Schweiz an ihre Grenzen stossen – nicht nur zahlenmässig, sondern auch bezüglich der Mentalitäten und der Stimmungen. Die Älteren unter Ihnen werden verstehen, was ich meine, wenn ich an die Auseinandersetzung um die Schwarzenbach-Initiative von 1970 erinnere.

Wir haben politisch gar keine andere Wahl, als einen gesunden Egoismus zu leben. Das machen alle erfolgreichen Länder der Erde seit Jahr und Tag nicht anders. Wir müssen uns die Fachkräfte holen, die wir brauchen.

Offenheit ist keine Variante; es gibt zur Offenheit schlicht keine Alternative. Wir haben historische Erfahrung darin, unter Wahrung unserer nationalen Identität offen zu bleiben. Das ist kein Widerspruch, wenn die nötigen Grundregeln beachtet werden.

Eine solche wichtige Regel ist: Keine Öffnung um jeden Preis. Das heisst, Integration in dem Masse, wie viel und welche Qualifizierten wir brauchen. Und dies immer gemessen vor dem Hintergrund der Wahrung unserer nationalen Identität. Das heisst also auch: Dialog mit der Europäischen Union – ja. Übernahme aller Forderungen und Harmonisierungsforderungen: Nein.

Abschlussstatement

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Wir leben in einer Zeit grosser wirtschaftlicher Unsicherheit. Das bedeutet Risiken für Unternehmen und damit Unsicherheit an den Arbeitsmärkten. Die aktuellen Wirtschafts- und Arbeitsmarktzahlen geben nach wie vor Anlass zur Besorgnis. Erste positive Signale dürfen nicht überschätzt werden.

Ich möchte, dass Sie meine Forderungen unter diesen Aspekten sehen:

Es gibt betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten, über die sich ein Unternehmen nicht hinweg setzen kann. Die langfristigen, unabwendbaren Trends am Arbeitsmarkt sind jedoch im Auge zu behalten. Die Wirtschaft muss als massgebliche Treiberin des Prozesses der Öffnung Verantwortung für die Globalisierung tragen zum Wohle unserer Gesellschaft. Das kann sie aber nur, wenn die Politik mit Mut und Weitsicht die dazu notwendigen Rahmenbedingungen schafft.

Handkehrum darf es nicht angehen, dass innerhalb der Wirtschaft gemeinsame Finanz- und Werkplatzinteressen den eigenen Unternehmensinteressen bedingungslos geopfert werden.

Wirtschaft und Politik müssen gemeinsam zu Lösungen beitragen, welche nicht nur die Attraktivität unseres Standorts, sondern die Schweiz, unser Land stärken. Das können sie aber nur, wenn eine Politik Regie führt, die sich über die Grundlagen einig ist und die entschlossen ist, hier wirklich zu führen und die wesentlichen Leitplanken zu setzen. Denn nur wenn die Politik klare Rahmenbedingungen setzt – vor allem im Bereich Migration und bei den grossen sozialpolitischen Entscheiden – bleiben die Bürgerinnen und Bürger offen, flexibel und kooperativ. Das hat uns die letzte Abstimmung deutlich vor Augen geführt.

Nur wenn wir mit allen Anspruchsgruppen – mit den ehrgeizigen Leistungsträgern und den Schwächeren, mit den Jungen und den Älteren, mit den Einheimischen und den Ausländern – fair umgehen, bleibt das wichtigste Gut unserer freiheitlichen Leistungsgesellschaft erhalten: unsere Identität.

Wir müssen vor allem den Blick für das Gute und das Gelingende in unserer Zeit wieder finden - für unser Land, als Schweizerinnen und Schweizer, über die Parteigrenzen hinweg. Kommende Generationen, meine und ihre Kinder und Enkel verdienen, dass wir ihnen eine solide Perspektive bieten, so dass auch sie weiter in Wohlstand und Sicherheit leben können.

Wir müssen uns deshalb entscheiden, was für eine Schweiz wir in Zukunft wollen. Offen, tolerant, liberal, neutral? Das genügt nicht. Denn grenzenlos offen, bedingungslos tolerant und willenlos neutral ist gefährlich. Wir brauchen Inhalte und klare politische Zielsetzungen. Sonst bleiben wir nicht nur ohne Orientierung, sondern verlieren bald auch unsere Identität. - Wollen wir das?

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.